

Die „Volkswacht“ erscheint täglich ausser Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Brunnstraße 24, nach die Post und durch Selbstbestellung zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.00, pro Woche 20 Pf. Verlagsdirektor Hr. 100.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die werkschätige Bevölkerung.
Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Die Redaktion des „Volkswacht“ befindet sich in Breslau, Neue Brunnstraße 24. Die Expedition ist in Breslau, Neue Brunnstraße 24. Die Postanschrift ist: Volkswacht, Breslau, Neue Brunnstraße 24.

Telephon Nr. 461.

Telephon Nr. 461.

Nr. 277

Donnerstag den 27. November 1902

18. Jahrgang

Eine Kaiserrede gegen den „Vorwärts“.

Nach dem Begräbnis Krupp's in Offen versammelte der Kaiser die Mitglieder des Direktoriums und die Vertreter der Arbeiterchaft im Wartesaal des Bahnhofs und hielt eine Ansprache, welche folgende Stellen enthält:

Besondere Umstände, welche dieses traurige Ereignis begleiten, sind mir zugleich Veranlassung gewesen, mich als Oberhaupt des Deutschen Reiches hier einzufinden, um den Schild Andenken des Verstorbenen zu halten. Wer den Heimgegangenen näher gekannt hat, wußte, mit welcher feinfühligem, empfindlichen Natur er begabt war, und daß diese das einzige Zugriffspunkt bieten konnte, um ihn wirklich zu treffen. Er ist ein Opfer seiner unantastbaren Integrität geworden.

So niederträchtig und gemein, daß sie Aller Herzen erbeben gemacht hat und jedem deutschen Patrioten die Schamröthe auf die Wangen treiben mußte über die unserm ganzen Volke angethane Schmach. Einem kerndeutschen Manne, der stets nur für Andere gelebt, der stets nur das Wohl des Vaterlandes, vor Allem aber das seiner Arbeiter im Auge gehabt hat, hat man an seine Ehre geriffen. Diese That mit ihren Folgen ist weiter nichts als ein Wort. Denn es besteht kein Unterschied zwischen Demjenigen, der den Güttraut einem Anderen nicht und kredenz, und Demjenigen, der aus dem sichern Verstand seines Redaktionsbüros mit den vergifteten Pfeilen seiner Verleumdungen einen Mitmenschen um seinen ehelichen Namen bringt und durch die hierdurch hervorgerufenen Seelenqualen tötet.

Wer war es, der diese Schandthat an unserem Freunde beging? Männer, die bisher als Deutsche gegolten haben, jetzt aber dieses Namens unwürdig sind, hervorgegangen aus der Klasse der deutschen Arbeiterbevölkerung, die Krupp so unendlich viel zu verdanken hat und von der Laute in den Straßen Offens dem Wohl zuminken.

Zu den Vertretern der Arbeiter gewendet:

Ihr Krupp'schen Arbeiter habt immer treu zu Eurem Arbeitgeber gehalten und an ihm gehangen. Die Dankbarkeit ist in Eurem Herzen nicht erloschen. Mit Stolz habe ich im Auslande überall durch Eure Hände Werke den Namen unseres deutschen Vaterlandes verberichtet gesehen. Männer, die Führer der deutschen Arbeiter sein wollen, rauben Euch Euren theuren Ehren. An Euch ist es, die Ehre Eures Herrn zu schützen und zu wahren und sein Andenken vor Verunglimpfungen zu schützen. Ich vertraue darauf, daß Ihr die rechten Wege finden werdet, der deutschen Arbeiterchaft Gemeinschaft oder Beziehungen zu den Urhebern der schändlichen That für brave und ehrliebende deutsche Arbeiter, deren Ehrenschild befestigt wurde, aus geschlossen sind. Aber nicht das Eischrecken zwischen sich und diesen Leuten zerschneidet, legt moralisch gewisse Merkmale eine Mitschuld auf sein Haupt. Ich begehe das Vertrauen zu den deutschen Arbeitern, daß sie sich der vollen Schwere des Augenblicks bewußt sind, und deutsche Männer zur Lösung der schweren Frage finden.

Diese Rede wird den Ausgangspunkt wichtiger Erörterungen werden, weshalb wir sie unverzüglich unsern Lesern mittheilen.

Der erste Unfall.

Am Mittwoch war das Bild, das die Reichstagsverhandlungen boten, ein wenig abwechslungsreicher als am Tage zuvor. Die Mehrheitsparteien konnten ihre seit Langem

mit solcher Hartnäckigkeit verfolgte Forderung nicht mehr mit derselben Konsequenz fortsetzen: ihre Vertreter waren genöthigt sich zu äußern. Es war herzlich wenig, was sie sagten; aber es war sehr interessant. Die Wandlungsfähigkeit der Nationalliberalen und mehr noch die ihrer alten Feinde und jetzigen Freunde der Ultramontanen, rückte wieder einmal in die hellste Beleuchtung.

Die Berathung wandte sich bald zu dem letzten, aber wichtigsten Paragraphen des Tarifgesetzes, dem § 12, der den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes festlegt. Die Kommissionsfassung bestimmt als Termin den 1. Januar 1905. Dagegen beantragte der nationalliberale Dr. Paasche die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, nach welcher der Termin des Inkrafttretens durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths bestimmt werden soll.

Von unserer Seite waren zwei Anträge eingebracht: ein Prinzipal- und ein Eventualantrag. Der Prinzipalantrag wollte den Termin durch ein besonderes Gesetz bestimmen; der Eventualantrag deckte sich mit dem Antrag Paasche. — An der Debatte theilnahmen sich die Vertreter aller größeren Gruppen, mit Ausnahme des in der letzten Zeit bekanntlich sehr schweigsam gewordenen Reichstheiles Anhangs und der Reichspartei. Herr v. Kardorff wollte zwar das Wort ergreifen, verzichtete aber nach einer Konferenz mit seinen Parteifreunden darauf, diesen Vortrag auszuführen. Gothein von der Freisinnigen Vereinigung empfahl mit guten Gründen die Verlängerung der jetzigen Handelsverträge als den besten Ausweg aus diesem Joll-Dogmatismus.

Herr Paasche erzählte von dem Wankelmuthe gewisser Großindustrieller, denen das Geld leid geblieben, empfahl im Uebrigen seinen Antrag Arbeiterfreund vor. Stadthagen wies auf die interessante Thatsache hin, daß die Nationalliberalen jetzt selbst Anträge aufnehmen, die in der Kommission von Sozialdemokraten gestellt und daselbst von der Mehrheit inkl. Derer um Paasche abgelehnt wurden. Außerdem geisterte er die Saalkluft der Mehrheit und meinte beifühend, Herr Spahn müge doch durch Herrn Reichsrichter einen Antrag einbringen lassen, im Restaurant einen Phonographen aufstellen zu lassen. Graf Limburg-Stürum trat für die Kommissionsfassung ein und bekräftigte unter erneuter Verfluchung des „Caprivimus“ die selbst von Paasche vertretene Behauptung, daß die Rechte im Grunde ihres Herzens gegen Handelsverträge ist. Dr. Spahn vom Centrum theilte mit der gleichgültigsten Miene den Umfall seiner Partei mit, als ob es sich um die selbstverständliche Sache auf der Welt handle. Das Centrum ist ja nun nachgerade gewohnt, heute zu verbrennen, was es gestern angebetet hatte.

Nach der Erklärung des Kompromißvaters Spahn konnte das Resultat der Abstimmung nicht mehr zweifelhaft sein. Zwar der Prinzipalantrag unserer Fraktion fiel mit 230 gegen 46 Stimmen; aber der mit unserem Eventualantrag identische Antrag Paasche gelangte mit großer Mehrheit — 196 weisse gegen 76 rothe Karten — zur Annahme. Dafür

stimmten die ganze Linke inkl. der Nationalliberalen, das Centrum, mit Ausnahme des vorläufig noch frendfreundlichen bayerischen Flügels, ein Theil der Reichspartei. Die Minderheit setzte sich aus Reichspartei, Konservativen, Zentrumsbayern und so weiter, sowie aus einem fliegenden Korps von Reichsparteilern zusammen.

Das Tarifgesetz mit Ausnahme des auf den Tarif Bezug nehmenden Absatz 1 des § 1 ist somit in zweiter Lesung angenommen. Als nun der Verh. Hierher trat Spach vom Centrum sich auf der Rednertribüne in Postur setzte, um über die zahlreichen Petitionen zu berichten, da verließen die Zentrumshauptlinge Gröber und Spahn aber die Bundesratskammer den Reichstagsaal, um sich zu dem Verständigungsartikel zu begeben, wo sie gewiß reichere Anregungen erhofften, als ihnen die Ausführungen ihres Parteigenossen bieten konnten. Als sie an den sozialdemokratischen Bänken vorüberkamen, erscholl unter großer Hysterie von dort der Ruf: „Sie gehen zum Mogeln.“ Herr Dr. Spahn verbeugte sich zustimmend, was ja natürlich erneute Heiterkeit hervorrief.

Politische Uebersicht.

Von der Verständigungsschankel. Ueber die Einigung zwischen Regierung und Mehrheitsparteien liegen heute folgende Meldungen ein. In der „Tgl. Rdschau“:

Die Ansichten der Verständigung erscheinen nach den heutigen Mittheilungen aus Reichstagskreisen trübe, da die seitige Verständigung eine Zustimmung der Konservativen zu dem im Centrum festgelegten Plane nicht gebracht hat. Im Centrum beklagt man bitter, daß die Konservativen noch immer von den Parteien nicht loskommen können. Sie gefährdeten dadurch das Zustandekommen der Verständigung so ernstlich, daß ihnen a. B. schon die volle Verantwortlichkeit für eine schwere Schädigung Deutschlands aufzule, die sich daraus ergeben müsse, daß der Boller zur Wahlparole werde.

Demgegenüber halte man folgende Notiz: Die aus bayerischen Abgeordnetenkreisen bestätigt wird, ist die Verständigung zwischen der Reichsregierung und den Mehrheitsparteien perfekt geworden. An der Verständigung sind beieiligt das Centrum, die Nationalliberalen und die Reichspartei geschlossen und ein Theil der Konservativen.

Dann eine Zentrumsnachricht: „Auf Grund zuverlässiger Informationen stellt die „Germania“ fest, daß die Verständigung über die Zolltarifvorlage noch nicht perfekt ist und daß die gestrigen Verhandlungen im Reichstags-Palast, welche sich bis Mitternacht hinogen, noch keine Einigung herbeigeführt hätten, vielmehr heute fortgesetzt werden sollen.“

Die „Nationalzeitung“ meldet: Die sozialpolitische Verständigung ist nach der gestrigen Abend bei dem Reichskanzler stattgehabten neuen Konferenz nach unseren Informationen eine vollendete Thatsache, unklar erscheint bisher nur, wie die Mehrheit für dieselbe — an einer solchen Mehrheit selbst ist nicht zu zweifeln — sich zusammensetzen wird.

Wahrscheinlich wird sie und da einer unserer Leser aus diesen Nachrichten geseht — wir haben uns vergeblich bemüht.

Das tägliche Brot.

Roman von Clara Biebig.

Das Warten half nichts, sie mußte sich niederlegen, sonst schlief sie morgen am Waschtisch ein; mochte er sich denn im Dunkeln Hals und Hine brechen! Er wollte es ja nicht anders haben.

Eben wollte sie ihr Kleid abstreifen, da trappete ein Schritt auf der Treppe; nun nahm sie doch hastig das Lämpchen und eilte, um ihn zu leuchten.

Seit dem frühen Morgen hatten sie sich nicht gesehen. Arthur machte jetzt Mittags nicht mehr den Weg nach Hause, um sich das bösen Essen aufzuwärmen, das im Sommer, am Abend vorher gefocht, nicht einmal mehr ganz frisch schmeckte. Und die Stube war so düster, selbst Friedchen nicht ha! Sein Greies Lob, und seit dem Rinde einmal im Keller, wo Niemand es hätte, beipade ein Fumarcken zwischen der großen Rolle abgequert worden war, nahm Mine die Kleine mit sich. So sah Arthur lieber mit einem Kameraden in einer billigen Kneipe, nahe der Druckerei. Ein Hauptpup war's, daß die Segler auch dort verkehrten; so fehlte es nicht an Gelegenheit, zur Würze des Mahles, seinen Bisg leuchten zu lassen.

Als er jetzt die obersten Stufen hinaufstappte, merkte Mine: er war betrunken. Er taumelte und stolperte, um ein Alkoholdunkel lag vor ihm her. Sie sagte ihm beim Um und hob mit der anderen Hand das Lämpchen hoch, um ihm die Schwelle zu zeigen.

„Jesu!“ Einen unterdrückten Schrei auslösend, zog sie ihn nach in die Stube. Auf seiner Stirn leuchte geonenes Blut, auf seiner Nase, auf seiner Nase; bis auf's H und war's ihm gelassen und lang heruntergeschliffen. Die Haare waren von Blut verklebter; ein, vom Schweiß quer über die Stirn weg, zog sich ein tüchtiger Schweiß mit unebenen Rändern.

Was er gefaselt? Sie drückte ihn auf einen Stuhl und begann mit einem Handtücherl das geronnene Blut abzuwaschen; es war nicht so schlimm, wie es ausah. Sie wurde ruhiger.

Er hielt ganz still und schimpfte nur unangenehm halblaut vor sich hin.

„Sagte der gekleidet, Arthur?“
„Jawoll!“ Er lachte grimmig auf. „Das Kameel — den Ker — ordentlich verhaunt de — de — der —“ Das Wätere vor sich in Rollen.

„Aber Arthur, Arthur!“ Vergeblich suchte sie ihn auf den Stuhl niederzuziehen.

„Da haste's.“ schrie er, „laß mich in Ruhe! Kriventen laß ich mich nicht; von dir nicht, von dem wach, von lei — lei — keinem! Mit den Armen suchte er wild in der Luft.“

Sie nahm sich aufzukommen und drückte ihn mit Gewalt nieder und streichelte ihn leicht. „Ruh gut sein, Arthur! Ja, Du hast ganz recht, Du sollst der doch nicht gefaselt lassen!“

„Ihu — ich — auch nicht, lauter er. „Entia — la — lassen — baha! Pfeif drauf — baha — entlassen!“

Mine horchte auf, ihr Gesicht bekam den Ausdruck ängstlichen Bangens. „Was sagste? Wer ist entlassen?“

„Pfeif drauf — schnupp! Aber den — Se — Se — Seher — den Lump — das ich noch Mo — Mo — Mo's jehet!“ Er lachte vergnügt. „Laß ihn jetzt nur — pe — p — p — ja — schnupp — entlassen — baha — Quatsch!“ Er fuhr sich mit der Hand an die Stirn und brüllte auf: „Hal — lark — wer' der lehren, einem Bierlei — seidel a'n Kopf schmeißen. Du Spigbube — du —“

„Arthur!“ Sie packte ihn mit beiden Händen an den Schultern und rüttelte ihn hart. „Wer ist entlassen? Du doch nicht?“

„Jawoll,“ sagte er plötzlich, scheinbar ganz nüchtern. „Sonnabend — is' s' alle!“

„Aus der Druckerei entlassen —?! Arthur!“ Das war ein Aufschrei. Und nun konnte sie nicht mehr an sich halten, eine Fluth verzweifelter Klagen, verzweifelter Vorwürfe, stürzte über ihre Lippen. Keine Stelle — schon wieder keine Stelle?! Was sollte nun werden?! Daß er aber auch irgendwo anhält! Nichts war ihm recht darum war auch Niemand mit ihm zufrieden. Wie sollte das werden, wenn der Sommer vorbei war, wenn man heizen mußte?! Sie allein konnte nicht alles verdienen. Wo würde er wieder Arbeit finden?! Ach irgendwo, irgendwo!

„Sie rang die Hände.“
Und wenn sie nun nicht mehr arbeiten konnte?
Wenn die Zeit kam, wo — wo — in der — wo — — —

So weit hatte er sie, wie behäut, ganz still angehdrt. Jetzt brüllte er plötzlich auf: „Dalt de Schnauze!“

Furchbar drohend sah er sie an.

So hatte sie ihn noch nie gesehen. Eine Tobesangst überkam sie vor seinen festeren, blutunterlaufenen Augen; die Haare hingen ihm struppig in's Gesicht, er hatte sich bei dem wilden Uebermuth selbst gegen die Stirn getroffen, nun riefelte das Blut wieder. Sein Aussehen löste Entsetzen ein; sein junges Gesicht war ganz gewühlt, ganz verunstaltet. Sie erkannte ihren Mann kaum wieder.

Ein Grausen packte sie, zitternd stürzte sie nach der Thür. Er ihr nach mit geschwungenen Händen.

Schon war sie den obersten Treppenabstap hinunter. Er folgte ihr nicht.

Aber jetzt lebte er durch die Stube wie ein Toller — krach, krach — klirr, klirr. Jetzt schrie Friedchen durchdringend. Wenn er dem Rinde was anthat! Blitschnell eilte die Mutter wieder die Stufen hinauf.

Da stand Friedchen kergengerade im Körbchen, mit entsetzten Augen, und der Vater raste umher und schlug mit einem Stock alles kurz und klein. Krach, jetzt gegen die Wand — hier, jetzt in den Rückenrahmen. All das schöne Porzellan zu Scherben!

Arthur!

Er hörte sie nicht; immer weiter suchte er mit dem Stock. Da stürzte sie vollends in's Zimmer, riß das Rind aus dem Bettchen und presste es an ihre Brust, daß er's nicht losdrückte.

Jetzt erst bemerkte er sie. „Du — Du —!“
Sie floh, — er ihr nach, mit dem Stock drohend. Sie floh die Treppen hinunter, er polsterte hinterdrein.

„Meine Frau — ich schlag sie todt — meine Frau!“ Ueberlaut bröhte seine Stimme durch das nachtsille Haus. Thüren knarzten und wurden geöffnet, Lichtschein fiel herab. Sie floh in sinnloser Angst.

„Meine Frau — halt se fest — wo is se — meine Frau?“
Junner weiter floh sie — jetzt war sie unten im Keller. In der dunkelsten Ecke lauerte sie sich nieder, ihr Herz pochte rasend, ihr Kopf war verwirrt. Mit aufgerissenen Augen in's Dunkel starrend, das wimmernde Rind fest an sich gedrückt, lauschte sie nach oben. Hier würde er sie nicht finden. Noch hörte sie kein Geschrei: „Meine Frau, meine Frau“ — dann andere Stimmen.

den dieser Wahl Bezug nimmt, noch nicht kannte. In derselben Lage befinden wir uns noch jetzt.

Abg. Singer: Ich bin durch diese Erklärung befriedigt. Ich war immer der Meinung, daß die Abstimmung über Einleitung und Ueberschrift erst am Ende der Beratung des ganzen Gesetzes erfolgen sollte. (Rufen rechts.)

Präsident Graf Ballestrem: Das ist nirgends bestimmt. Ueberschrift und Ueberschrift sind ein Teil des Gesetzes wie jeder andere und die Abstimmung darüber kann zu jeder Zeit vorgenommen werden. (Dr. Heisterlein rechts und im Centrum.)

Kunstmehrheit erklart

Abg. Speck (Centr.) den Bericht über die Petitionen zum Zolltarifgesetz. Man könne von ihm nicht verlangen, daß er über alle 16854 Petitionen einzeln berichtet. (Kurze bei den Sozialdemokraten: Doch! Doch! Kurz nachdem Abg. Speck sein Referat begonnen hat, verlassen die Abgeordneten Spahn und Gröber (Centr.), besetzt mit umfangreichen Aktenmappen, den Saal durch die auf der linken Seite nach den Bundesratsräumern führende Thür. Als sie die Treppe bei den Sozialdemokraten passiren, wird ihnen laut gerufen: Jetzt gehen sie wieder weg! (Große Heisterlein.) Abg. Spahn macht, ironisch lächelnd, eine Verbeugung nach den Büsten der Sozialdemokraten, was ernte Heisterlein hervorruft.) Abg. Speck schließt seinen Bericht mit der Empfehlung des Kommissionsantrages, die Petitionen durch die Beschlüsse des Hauses für erledigt zu erklären.

Abg. Gothein (fr. Vg.): Ich möchte den Herrn Präsidenten bitten, bei der Ansetzung der Tagesordnung für morgen gleichfalls die gestellten Petitionen mit auf die Tagesordnung zu setzen. Das Petitionsrecht des Volkes wird vollständig illusorisch gemacht, wenn über die Petitionen erst Bericht erstattet wird, nachdem unsere sämtlichen Beschlüsse gefaßt sind. (Zustimmung links.)

Präsident Graf Ballestrem: Wenn die Petitionen einen Einfluß auf die Abstimmung ausüben in der Lage sind, so kann das bei der dritten Lesung geschehen. Ich werde dem bisherigen Gebrauch des Hauses treu bleiben, bis ein anderer, der Beschluß des Hauses mit einem anderen Weg weilt.

Dr. Voth (fr. Vg.): Wenn die Petitionen überhaupt einen Sinn haben sollen, müssen sie an einer Stelle beraten werden, wo sie möglicherweise noch auf die Beschlüsse des Hauses einwirken können. Diese Stelle ist der Beginn der zweiten Lesung.

Abg. Gamp (Kpt.): Für die Abgeordneten, die die regelmäßigen Petitionsverfahren nicht haben, haben die Mitteilungen des Referenten nur einen sekundären Werth. Die Herren von der Linken bekunden nur, daß sie den Petitionen bisher nicht die nöthige Aufmerksamkeit geschenkt haben. (Große Värm links.)

Abg. Dr. Vothem (Centrum): Herr Voth wendet sich gegen eine bauernd bewährte Praxis. Bei der Gründlichkeit, die Dr. Voth will, wird sich nie ein größeres Gesetz verabschieden lassen. (Zustimmung rechts und im Centrum.) Ausgangsgründlichkeit ist der Tod jedes Erfolges. Draußen im Lande wird das Verlangen Dr. Voths als ein Diktationsmittel aufgefaßt werden. Das Haus wird dem Präsidenten dankbar sein, daß er in keiner Weise von der bewährten Praxis abgewichen ist. (Lebhafte Beifall im Centrum.)

Abg. Singer (Soz.): Dieselben Parteien, die hier Gegner einer gründlichen Beratung sind, verhalten im preussischen Abgeordnetenhaus sehr wohl, gründlich zu beraten, wenn es sich um Gesetze handelt, die ihnen nicht in den Kram passen. Hier handelt es sich noch dazu um das Petitionsrecht des Volkes. Die Petenten haben bisher das Vertrauen — freilich, wie sich herausgestellt hat, das grundlose Vertrauen gehabt, daß der Reichstag auf Petitionen Werth legt. Die Petitionen müssen hier öffentlich beraten werden. Der Berichterstatter brauchte nur zu sagen, wie viel Petitionen für und gegen die Position eingelaufen sind und die Unterchriften zu nennen. Das heute der Berichterstatter ausführlich berichtet hat, ist lediglich ein Erfolg der von Ihnen sogenannten Diktation. Ich bitte also, dem Wunsche des Herrn Gothein stattzugeben.

Abg. Stadthagen (Soz.): In der Kommission ist der Fall eingetreten, daß ein Referent die Petition mit 3/4 Millionen Unterchriften gegen den Zolltarif ganz übersehen hat. Mein Freund Vebel erkundigte sich daraufhin, ob denn die Petition beim Bureau noch nicht eingegangen sei und der Vorsitzende erklärte, er wisse auch nichts davon. (Heisterlein links.) Ich konstatiere, also, daß man auf der rechten Seite des Hauses von den Petitionen nichts wußte. Die Fiskalisten, die Herr Vothem hier empfahl, ist von den Zollfreunden in der Kommission längst antizipirt worden. (Sehr gut! links.) Ich hätte einmal die Antwort hören mögen, die Herr Vothem vom Abgeordneten Winkhoff bekommen haben würde, wenn er zur Zeit des Kulturkampfes über die Petitionen gegen die Maigesetze dieselbe Rede wie heute gehalten hätte. (Sehr gut! links.) Es liegt ein besonderer Fall vor, so daß das Abweichen von der Gewohnheit gerechtfertigt erscheint. Wenn Herr Vothem sagt, allzuviel Gründlichkeit ist der Tod jedes Erfolges, so verstehe ich jetzt, warum er so ungründlich ist (Heisterlein) und weshalb, unabhäre Behauptungen aus den Kommissionen verhandlungen hier aufgestellt hat. (Heisterlein links.) Als Gegner der Gründlichkeit entzieht sich Herr Vothem mit seinen Fiktionen den gründlichen Verhandlungen, d. h. er wird flüchtig. (Heisterlein links.)

Das Petitionsrecht muß gewahrt werden; ich kann mich deshalb nur der Ansicht des Abg. Gothein anschließen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Voth (fr. Vg.): Ich vermag nicht einzusehen, wie man anderen Vorschlag als Obliteration bezeichnen kann. Bei der bisherigen Praxis würden wir das Verfügen haben. 23 Berichterstatter nacheinander über die Petitionen zu den einzelnen Theilen des Zolltarifs referiren zu hören. Diese Aussicht wird auch Dr. Vothem verleiht eines Vorsehen befehlen. (Rufen im Centrum.)

Präsident Graf Ballestrem: Das Wort hat Abgeordneter Dr. Vothem.

Abg. Dr. Vothem (Centr.): Ich verzichte. (Zuerstiges Gelächter links.) Zuerst: Das war das Beste, was Sie thun konnten! Damit schließt die Diskussion.

Präsident Graf Ballestrem ertheilt das Wort dem Abgeordneten Grafen Schwerin-Ebweis (Kons.) zur Verlesung über die Petitionen zu den bereits erledigten Positionen des Tarif.

Abg. Dr. Voth (fr. Vg., zur Geschäftsordnung) hebt dagegen Widerspruch. Nach der bisherigen Praxis dürfte erst nach Schluß der Verhandlungen über den Zolltarif über die Petitionen berichtet werden.

Die Mehrheit des Hauses stimmt dem Verfahren des Präsidenten zu.

Graf Schwerin-Ebweis (Kons.) berichtet kurz über die betreffenden Petitionen.

Darauf beschließt das Haus auf Antrag Dr. Vothem (Centr.), sich zu vertagen.

Präsident Graf Ballestrem beanruft die nächste Sitzung auf Donnerstag 1 Uhr am mit der Tagesordnung: Berichtigung der heutigen Verhandlung.

Abg. Gerold (Centr.) beantragt als Sitzungsbeginn 2 Uhr.

Abg. Gothein (fr. Vg.): Ich stelle den Antrag, zu den Positionen, die morgen zur Verhandlung kommen, die entsprechenden Petitionen mit auf die Tagesordnung zu setzen. Die bisherige Praxis ist ja schon heute durchbrochen worden. Eine Verlängerung der Verhandlungen wird durch meinen Antrag nicht herbeigeführt, wie wir uns ausdrücklich einverstanden erklärt haben mit der Form der Berichterstattung, wie sie seitens der Berichterstatter heute vorgenommen worden ist.

Präsident Graf Ballestrem: Das kann ich nicht gestatten. Zuerstiges Gelächter und Beifall rechts und im Centrum.

Das Haus beschließt, entsprechend dem Antrag Gerold, die Verhandlung auf Donnerstag 1 Uhr zu verschieben.

Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratische Siege in Bremen. Aus der Parteistadt wird gemeldet: Dienstag fand in 6 Bezirken die Wahl zur Bürgerchaft statt. Drei Sozialisten sind gewählt. Im 6. Bezirk Genosse Köfenlechner mit 284 gegen 252; im 8. Bezirk Genosse Blome mit 361 gegen 236; im 9. Bezirk Genosse Junge mit 402 gegen 217 Stimmen. Außerdem stehen zwei Sozialisten in Stichwahl. Bisher war nur ein Sitz der unsrigen, zwei neue sind also im ersten Wahlgange erobert.

Einem glänzenden Sieg erfochten unsere Genossen am Montag bei den Stadtverordneten-Wahlen in Stettin. Es waren 8 Mandate zu besetzen, worunter wir eins zu verteidigen hatten. Gewählt wurden fünf Parteigenossen und zwei Gegner, ein Parteigenosse kommt in sehr günstige Stichwahl. Es gehören jetzt somit 18 Sozialdemokraten dem Stadtverordneten-Kollegium an, der 14. dürfte durch die Stichwahl hineinkommen. Die vereinigten Gegner verloren gegen die Wahl vor 2 Jahren 847 Stimmen, wir gewannen 1783 Stimmen.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 27. November.

* In den Stadtverordneten-Stichwahlen. Wer sich am nächsten Sonntag an der Verbreitung der Flugblätter für die Stichwahlen im 23., 34. und 35. Bezirk theilnehmen will, der finde sich pünktlich Vormittags 7 1/2 Uhr ein Leutnerstr. 3, im Restaurant Hönig

oder

Heinrichstr. 2, beim Genossen Burgund.

Alle Genossen, insbesondere die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins, haben die Pflicht, an dieser wichtigen Parteiarbeit Theil zu nehmen.

* Die Arbeitsscheu des Agitators. In der Strafsache gegen den Genossen Stelmowiz aus Berlin stand am 22. d. Mts. vor der Strafkammer des königlichen Landgerichts in Posen Termin in der Verurtheilung an. Ueber die Verurtheilung und sofortige Verhaftung St.'s haben wir bereits seiner Zeit Mittheilung gemacht. Auf die Beschwerde war er dann aus der Haft entlassen worden. In der Hauptverhandlung kam zunächst das erstinstanzliche Urtheil des Schöffengerichts in Samter zur Verlesung, aus dem wir zum allgemeinen Nutzen Einiges wiedergeben wollen.

In dem Urtheil heißt es u. A.: Der Angeklagte hatte schon früher wiederholt in den Versammlungen der Bauhandwerker und der Schiffer von Ober- und Umgebung öffentlich gesprochen und das Bestreben gezeigt, diese Klassen zu Vereinen mit sozialdemokratischer Tendenz zusammenzuschließen. Es ist ihm auch gelungen, in die bis dahin ruhige Bevölkerung einen Geist des Widerspruchs gegen die bestehende Ordnung hineinzutragen. Dies ist aus anderen Prozessen gerichtskundig. Angeklagter ist sozialdemokratischer Agitator und erwirbt nur hierdurch seinen Unterhalt.

Als der Angeklagte sprach, herrschte zeitweise großer Lärm, das Gumbach den Redner nicht verstehen konnte. Er erlaubte deshalb um größte Ruhe. Nun wandte sich der Angeklagte nach ihm um und sagte zu Gumbach in beleidigendem Tone: Was wollen Sie hier, Sie haben hier nichts zu suchen und zu sagen, legitimiren Sie sich mir gegenüber. Gumbach erklärte, daß er der von der Ortspolizeibehörde zur Ueberwachung der Versammlung abgeordnete Beamte sei und ersuchte den Angeklagten um Nennung seines Namens, worauf dieser erwiderte:

„Da könnte ja jeder Nachtmäcker kommen und mich nach dem Namen fragen!“ Zugleich verlangte er von dem Bezugs Gumbach in höhnischem Tone und unter dem höhnischen Beifall der Versammlung, daß er den Saal verlassen solle. Alle diese Anmerkungen hatten den offensichtlichen Zweck, den Gumbach in seiner Ehre zu kränken, bezw. ihn lächerlich zu machen, sind also im höchsten Grade beleidigend. Bei der Strafmaßbestimmung ist erwogen, daß durch die Art und die Umstände, unter welchen die Beleidigung geschah, das Ansehen des Zeugen Gumbach als Vertreter der Ortspolizeibehörde und damit das Ansehen dieser Behörde selbst in höchstem Maße herabgesetzt wurde, und daß die ganze Thätigkeit des Angeklagten in Oberbegriff das Ziel verfolgt hat, das Ansehen der Behörden zu untergraben. Es kommt endlich strafverjährbar in Betracht, daß Angeklagter in der Zeit von 90/92 (also vor mehr als 10 Jahren. d. Red.) mehrere Male vorbestraft ist. In diesen Vorgängen zeigt sich die Arbeitsscheu des Angeklagten und sein, zu schärfster Opposition gegen jede Autorität neigender Charakter. An diesen Erwägungen in Verbindung mit der That, daß er keineswegs Bedauern über seine That empfindet, vielmehr eine Art Triumph darüber zur Schau trägt, erschien es geboten pp.

Der Stadtschreiber Gumbach hatte, nach den Aussagen des Angeklagten, sich plötzlich durch Zwischenrufe in den Gang der Verhandlungen gemischt, und sich auf Stelmowiz's Zurechtweisung als überwachender Polizeibeamter vorgestellt, trotzdem bereits zwei bewaffnete Beamte zu diesem Zwecke erschienen waren. Als Stelmowiz hierüber Bemerkungen machte, habe G. geäußert, die seien zur Ueberwachung da. Auf weitere Einwendungen hin habe G. plötzlich die Versammlung aufgelöst. Auch der Hinweis auf die klaren gesetzlichen Bestimmungen habe nichts geholfen. In berechtigtem Unmuth habe er später im Privatgespräch mit seinen Kameraden an dem Vorgehen des Polizeibeamten Kritik geübt. Diese Darstellungen wurden von den vernommenen Zeugen im Wesentlichen bestätigt.

U. A. bekundete der Zeuge Johann Timm auf Befragen, daß der beleidigte Stadtschreiber aus einer anderen Versammlung wegen Trunkenheit durch den Polizeibeamter habe herausgeführt werden müssen. — Bemerkenswerth ist, daß Gumbach jetzt nicht mehr im Dienste ist.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Rirschner, beantragte in längeren Ausführungen die Aufhebung des ersten Urtheils und die Freisprechung des Angeklagten.

Der Staatsanwalt beantragte Verwerfung der Verurteilung, weil in einer Versammlung der Vorsitzende für Ruhe zu sorgen habe. Angeklagter sei „nur“ Redner gewesen.

Nach dreistündiger Verhandlung zog sich der Gerichtshof zur Verathung zurück.

Nach einigen Minuten wurde das Urtheil verkündet, das auf Verwerfung der Verurteilung lautet und das der Präsident in der Einleitung mit folgenden charakteristischen Worten

„Es mag richtig sein“, daß das Verurtheil nur 2 Polizeibeamte zuläßt.

Man muß das schriftliche Urtheil abwarten, bevor man etwas Weiteres darüber sagt. Jedenfalls ist das schriftliche Erkenntniß ein sehr werthvolles Dokument für die Auffassung, die Richter in der Provinz Posen über die Kulturbestrebungen des Proletariats haben.

* Der Verrag der Gegner. Die konservative „Schlesische Gebirgs-Zeitung“ läßt sich von einem Freunde aus dem Kreise Hirschberg folgendes über die „Verbreitung des „Schlesischen Volkskalenders“ schreiben:

„Die Sozialdemokraten treiben gegenwärtig in den ländlichen Ortshäusern wiederum in frecher Weise ihren Unfug, indem sie Sonntags den schlesischen Volks-Kalender für 1903 in den kleinen Häusern vertragen und unentgeltlich theilen. Leider haben die ländlichen Bewohner niemals die Courage, diese Vorfälle wegen widerrechtlicher Einbringung in das befriedigte Volkthum (§ 123 R.-St.-G.-B.) zur Anzeige zu bringen. Die ländlichen Bewohner würden sich dieses Treiben von der Landbevölkerung nicht bieten lassen. Die sonst als arm verschrienen Leute — müssen viel Geld übrig haben, um so viele Kalender verschleudern zu können.“

Man ist im Zweifel, ob hier der Dummheit oder der Niedertracht die Palme gebührt. Daß wir uns freuen, wenn solche Gegner der Sozialdemokratie Gift und Galle speien, ist selbstverständlich. Wir hängen deshalb auch die Subel nur etwas niedriger, ohne sie mit einer Antwort zu beehren.

* Aus dem Reichstags-Wahlkreis Waldenburg berichteten mehrere Blätter, daß von der konservativen Partei für die im nächsten Jahre stattfindende Reichstagswahl Generaldirektor Dr. Ritter-Oberwaldenburg aufgestellt worden ist. Die nationalliberale Partei hat noch keinen diesbezüglichen Beschluß gefaßt. Von den Sozialdemokraten wird selbstverständlich der bisherige Reichstags-Abgeordnete Genosse Sachse wieder kandidiren.

* Zur Lage der oberschlesischen Arbeiter. Die vielfach behauptete Besserung des Geschäftsganges im Bergbau und Eisengewerbe findet in den Veränderungen des Arbeitsmarktes keine Begründung. Nicht einmal eine vorübergehende Besserung läßt sich feststellen. Nicht nur herrscht ein starkes Ueberangebot auf dem Arbeitsmarke, dem keine nennenswerthe Nachfrage gegenübersteht, es häufen sich in letzter Zeit auch wieder die Entlassungen. Die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ giebt darüber im Einzelnen folgendes traurige Bild:

„Auf Friedrich Wilhelm“ (Köpinggrube der Friedrichshütte Eigentum der Oberschlesischen Eisenbahnbauwerks-Aktiengesellschaft in Friedrichshütte) meldeten sich zunächst 25 Arbeiter zur Aufnahme an einem einzigen Tage; angenommen wurde keiner. Bei den städtischen Kanalisationsarbeiten bei Beuthen, die an Privatunternehmer vergeben sind, werden die denksamen Arbeiter immer mehr entlassen; man behält nur die Ungarn. Diesen bezahlt man 280—350 Mark pro Schicht, während die Deutschen 230 Mark erhalten, die man ihnen bei der Entlohnung noch um 20 Pfennig gekürzt hat. Auf Baildonshütte wurden 50 Arbeiter entlassen; auf der Walzengroßstraße werden nur noch Tagelöhner verwendet. Sonstige Entlassungen fanden noch statt auf „Schlesien“ (Silesia, Aktiengesellschaft Lipine), wo die Galizier bis auf drei Mann wegeschickt wurden. Arbeitszeitverkürzungen werden berichtet von Königshütte für größere Betriebshälften, insbesondere für die Brückenbauanstalt, Waggonfabrik, Feuerschichten wurden ferner angeordnet auf Hohlwerk, sowie auf Jalenhütte, wo in einigen Betriebshälften Dreiviertel-Schichten eingerichtet wurden. Auch auf „Brandenburg“, Eigentum Graf Ballestrem, sind Feuerschichten angeordnet worden. Ebenso werden aus den russischen Theilen des hiesigen Reviers Einschränkungen im Industriebetriebe gemeldet. Die Löhne fallen noch weiter. Von Laurahütte wird berichtet, daß im Walzwerk die 4 Mark-Sätze auf 3 Mark zurückgegangen sind, daß Kohlenhauer z. B. die auf Grotthardtshütte, die früher bestbezahlten Bergarbeiter auf Kohlengruben, vielfach nur noch 250 Mark pro Schicht erhalten, während sie nach Völs (Statistik der oberschlesischen Berg- und Hüttenwerke für das Jahr 1901) mindestens 1800 Mark im Jahre 1901, d. h. bei 280 Schichten im Jahre, 465 Mark pro Schicht, verdient hatten. Auch auf der Königshütte wurden Lohnabzüge gemacht, besonders in der Räderfabrik; die Leistungen der Arbeiter werden durch Beamte genau ermittelt. In demselben Werke, in der Brückenbauanstalt, wurde an Stelle des Stundenlohnes Tagelohn angeordnet.

Auch die sonstigen Kriterien der Missthe zeigen sich nach wie vor. Das Glend der entlassenen und arbeitslos gewordenen Arbeiter hat fortwährend zugenommen und wird mit dem Eintritt des Winters weiter zunehmen. Die Armenunterstützungen = Gesuche, die Ermissionskollegen vermehren sich, die Polizeibehörden helfen sich mit Androhung der Einlieferung in die Arbeitshäuser 15—20 Pf. sind noch immer „nach armenrechtlicher Grundfayen“ in Oberschlesien genau für den Unterhalt einer Person pro Tag. Die Strafbestimmungen in Gefängnissen werden streng gehandhabt, insbesondere soweit sie die Entlassung und den Vertragsbruch betreffen. Auf Baildonshütte wurden längst 50 Arbeiter in einem Monat befristet. Die Verluste der Hüttenarbeiter bei den Pensionskassen der Werke, von denen sie entlassen sind, nehmen zu. Die Betroffenen, die nach der Entlassung arbeitslos geworden und wegen der Nichtbezahlung der Beiträge zu den Pensionskassen in deren Kassen gestrichen sind, können es nicht begreifen, daß sie ihre Beiträge einfach verlieren sollen.

* Was die Gasthausreformer wollen. Der Bezirksverein Breslau gegen den Mißbrauch geistiger Getränke veranstaltet am 2. Dezember, Abends 8 Uhr, eine öffentliche Versammlung im Café-Restaurant, Karlsstraße. Herr Dr. Voth aus Weimar wird über „Was die Gasthaus-Reformer wollen“ referiren. Der Zutritt ist für Jedermann frei.

* Die Breslauer städtischen Schatz- und Wärmehallen am Neumarkt, Bachplatz, Trebnitzerplatz und an der Universitätsbrücke werden jetzt stark besucht, besonders in der Frühstücks- und Mittagstunde, wo viele Arbeiter, geküßt vor Kälte und schlechtem Wetter, hockert vor dem Aufsuchen einer Kanne und Geldausgaben, ihr Geld einbringen, das sie sich auf den in den Hallen aufgestellten Bänken warmen. Jeder Besucher darf sich eine Stunde in der Halle aufhalten. Die einzelnen Hallen werden täglich jede von etwa 120 bis 150 abwechselnd kommenden und gehenden Arbeit- und Obdachlosen, auch ganzen Familien, deren es zu Hause an Feuerung mangelt, Gelegenheitsarbeitern und kümmerlich ab Tagelohn lebenden anderen Personen, darunter Frauen, die früher bessere Tage haben, bezogen sind, die sich vor Kälte strümpfen, am Morgen kommen in den Hallen auch Tische und Bänke vorhanden für 60 bis 100 Personen. Die Hallen sind Werktagen von 8 bis 4 Uhr geöffnet. Verboten haben keinen Zutritt. Das Würdigen alkoholischer Getränke, Rauchen und Ausruhen ist verboten. Städtische Arbeiter sorgen für Ordnung in der Halle. Die Wohlthätigkeitsvereine helfen nur länger als bis 4 Uhr und auch Sonn- und Festtags geöffnet sein, da die Halle auch in diese Zeit geöffnet wird.

* Wieder ein ... In neuen Straßenzügen

